Bildung

Die Kindertagesstätten sind in vielerlei Hinsicht ein wichtiger Baustein der frühkindlichen Bildung. Gleichzeitig ermöglicht ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen jungen Familien eine frühere Rückkehr in das Erwerbsleben, wenn sie denn möchten.

Wie wollen Sie die frühkindliche Bildung sicherstellen?
Wie bewerten Sie die Versorgung der Betreuungsplätze in Remscheid und wie möchte Sie eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen sicherstellen?
Was sind Ihre Vorschläge, um Betreuung auch in Randzeiten zu gewährleisten?
Unterstützen Sie den Bau des Kitacampus an der Burgerstraße?

Antwort:

Im Bereich der frühkindlichen Bildung fehlt es an allen Ecken und Enden. Mehr als 800 Kita-Plätze fehlen aktuell (Stand 01. August 2025), um den Bedarf der Familien in unserer Stadt gerecht zu werden. Dieser Mangel ist nicht nur eine Belastung für Eltern, die zwischen Beruf und Familie jonglieren müssen, sondern auch für die Kinder, denen eine frühzeitige Förderung und soziale Teilhabe verwehrt bleibt. Als Linke haben wir uns in den vergangenen Jahren daher konsequent für den Ausbau von Kita-Plätzen in Remscheid eingesetzt und kreative Ansätze, wie etwa eine übergangsweise Ausweitung der Kindertagespflege ins Gespräch gebracht. Probleme gibt es aber auch bei den vorhandenen KiTas. Remscheid gehört zu den Schlusslichtern in NRW, was Schließungszeiten von Kindertageseinrichtungen angeht.
Insofern unterstützen wir natürlich den Bau des Kitacampus an der Burger Straße. Dies ist genau der richtige Weg – dort wo keine privaten Investoren oder Träger gefunden werden, muss die Stadt einspringen und selbst als Investor und Träger tätig werden! Dabei soll es nicht beim Kitacampus bleiben! Wir fordern die Eröffnung **mindestens einer neuen städtischen Kita in jedem Stadtbezirk** (Innenstadt, Südbezirk, Lennep, Lüttringhausen) bis 2030!
Gleichzeitig muss auch geschaut werden, wo Kitas sinnvoll erweitert werden können - wobei der Neubau zusätzlicher Einrichtungen ausdrücklich bevorzugt wird. Erweiterungen sollen nur dort erfolgen, wo die bauliche Infrastruktur dies sinnvoll zulässt. Auch nicht-städtischer Träger und Investoren sollen bei der Suche nach geeigneten Standorten und Räumlichkeiten weiter unterstützt werden.
Doch es geht nicht nur um Quantität – auch die Qualität der Einrichtungen muss sichergestellt sein. Dafür braucht es ausreichend qualifiziertes Personal und moderne Betreuungskonzepte. Eine Kita mit Randzeitenbetreuung gehört dazu, um Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, insbesondere bei Schichtarbeit oder systemrelevanten Berufen.
Um das dafür notwendige Personal zu gewinnen, muss die Stadt bei der Vergabe von Trägerschaften sicherstellen, dass die Mitarbeitenden nach dem TVöD bezahlt werden, um faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu garantieren. Außerdem muss die praxisintegrierte Ausbildung (PIA) für Erzieher:innen erweitert werden. Ebenso muss die

allgemeine Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Remscheid verbessert werden, um Fachkräfte in die Stadt zu holen und hier zu binden.
Insgesamt muss auch dringend an den vielen Schließungstagen gearbeitet werden! Diese entstehen auch durch eine Überlastung des Personals. Um dieses zu entlasten, muss der Betreuungsschlüssel verbessert werden.

Ab 2026 besteht der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Die Offene Ganztagsschule (OGS) ist keine Verlängerung des Schulbetriebes und auch keine Verwahranstalt.

Wie möchten Sie die Stadt hier zukünftig aufstellen?

Antwort:
Der Rechtsanspruch kann in Remscheid nicht gewährleistet werden. Dazu fehlen sowohl Räumlichkeiten für die OGS als auch Personal. Das müssen wir schnellstens ändern! Wir müssen ins (Aus)Bauen kommen und zuerst vorhandene Potenziale an den Schulstandorten nutzen, wie z.B. bei der GGS Freiherr-vom-Stein. Containermodule oder weit entfernte Standorte sind für uns keine Lösungen. Ebenso wenig die vermehrte Nutzung von Klassenzimmern. Was wir uns aber vorstellen könnten, sind probeweise und in Absprache mit dem Schulträger „geteilte“ OGS-Plätze. Vielfach haben uns Eltern angesprochen, dass sie nur 2-3 Tage Betreuung bräuchten und sich gerne einen Platz mit anderen Eltern teilen würden. Das ist rechtlich noch nicht so einfach möglich, doch wäre eine enorme Entlastung. Auch der Ausbau der Vor- und Übermittagsbetreuung wäre für viele Eltern eine gute Alternative.
Aber auch die Qualität der Betreuung muss sichergestellt bzw. verbessert werden. Die OGS ist keine Verwahranstalt, sondern hat auch einen pädagogischen Anspruch. Dazu braucht es ausreichend qualifiziertes Personal, welches gut bezahlt werden muss – an allen Standorten und bei allen Trägern. Dass muss die Stadt garantieren. Auch vielfältige Angebote sind wichtig – das läuft an vielen Standorten in Remscheid schon sehr gut. Hier können Kinder an vielen verschiedenen AGs und Sportangeboten teilnehmen.

Gesundes Essen spielt eine wichtige Rolle für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Viele Familien können sich dieses nicht leisten. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen mit gesundem Essen, das zu guten Arbeitsbedingungen hergestellt wurde, versorgt werden? Unterstützen Sie eine kostenlose gesunde Ernährung in Schulen und Kitas?

Antwort:
Wir fordern in unserem Wahlprogramm frisch gekochtes Essen als Standard für neue Einrichtungen sowie die Nachrüstung bestehender Kitas – dort wo es möglich ist. Das Essensangebot in städtischen Kitas und Schulen soll den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entsprechen und kostenlos sein. Denn in Remscheid wachsen viele Kinder in Armut auf, was sich auch auf ihre Ernährung und Konzentration auswirkt. Die Stadt hat hierbei die V Verantwortung gleiche Bedingungen für Alle zu schaffen.

Halten Sie es für erforderlich, mehr Personal zur Planung von z.B. Schulen, Kitas und Wohnungen einzustellen, um die von Bund und Land bereitgestellten Fördergelder möglichst komplett abzurufen?

Antwort:
Ja, denn über die letzten Jahre blieben offene Stellen im Gebäudemanagement unbesetzt, sie wurden nicht einmal ausgeschrieben. Dies hat zu vielen Verwerfungen und Verzögerungen im Schulbau und bei Schulsanierungen geführt! Nun sind die Stellen ausgeschrieben, gleichzeitig wurde eine Schulbaugesellschaft gegründet (der wir aus verschiedenen Gründen ablehnend gegenüberstehen).
Wir stehen vor vielfältigen Herausforderungen im Schulbereich und brauchen dafür entsprechendes Personal. Das betrifft Planungen, Ausschreibungen oder auch Fördermittelakquirierung. Aber z.B. auch die kontinuierliche Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Das Gesundheitswesen ist einer der Schlüssel unserer Zukunft. Die Notwendigkeit von zusätzlichen Pflegeplätzen und alternativen Wohn-formen ist in diesem Zusammenhang unbestritten. Parallel sind auch hier ein massiver Wirtschaftlichkeitsdruck sowie ein akuter Personalmangel erkennbar. Wie stehen Sie grundsätzlich zur Renditeerwirtschaftung im Gesundheitssystem?

Antwort:
Gesundheit ist keine Ware, sie ist ein Grundrecht! Gesundheit darf nicht davon abhängen, wie viel man verdient oder wo man wohnt. Wir kämpfen für eine solidarische Gesundheitsversorgung in Remscheid und überall. Daher stehen wir einer Renditeerwirtschaftung im Gesundheitssystem grundsätzlich ablehnend gegenüber.

In den letzten Jahren gab es immer mehr Krankenhausschließungen und Spezialisierung der vorhandenen Krankenhäuser auf Schwerpunktbereiche. Die Wege für akute Notfälle und eine gute Erstversorgung sind daher massiv gefährdet. Hinzu kommt der weiterwachsende Mangel an Pflegepersonal durch körperliche Überlastung des vorhandenen Personals, mangelhafte Arbeitsbedingungen und zu wenig Nachwuchspersonal. Wie möchten Sie eine gute ärztliche und pflegerische Versorgung innerhalb Remscheids gewährleisten und an welchen Stellen sehen Sie Nachholbedarf? Wie wollen Sie den akuten Notstand an Pflegepersonal und der Arbeitsbedingungen in den Häusern verbessern?

Antwort:
auch in Remscheid erleben viele Menschen, dass die Gesundheitsversorgung ungleich verteilt ist. Besonders Fach-, Haus- und Kinderärzte sind Mangelware. Terminwartezeiten von über 9 Monaten sind bei Kassenpatient:innen keine Seltenheit! Die Verwaltung gibt sich machtlos, da die Kassenärztliche Vereinigung sogar einen Überbedarf an Ärzten in Remscheid erkennt. Eine Feststellung, die völlig an der Realität der Patientinnen und Patienten vorbeigeht. Zugegebenermaßen sind die Spielräume der Stadt in dem Fall klein. Sie kann keine Ansiedlung von Ärzt*innen bestimmen, sie kann allerdings eigene Medizinische Versorgungszentren errichten – wie z.B. in der Peterstraße und Gertenbachstraße. Eine Praktik, die wir ausdrücklich unterstützen!
Selbstverständlich müssen alle Beschäftigten im pflegerischen und medizinischen Bereich endlich entsprechend ihrer guten Arbeit entlohnt werden – nicht nur finanziell, sondern auch mit mehr Ruhetagen und allgemein besseren Arbeitsbedingungen. Aber auch hier hat die Kommune nicht immer unmittelbaren Einfluss.
Einfluss hat sie aber insbesondere in der Gesundheitsprävention! Remscheid schneidet in der jährlichen AOK-Studie bei fast allen Krankheitsbildern überproportional schlecht ab. Besonders Krankheiten, die durch Umweltfaktoren und Armut begünstigt werden, sind in unserer Stadt weit verbreitet. Hier gibt es viele Ansatzpunkte. Auffällig ist auch, dass die Remscheiderinnen und Remscheider vergleichswenig wenig sportlich aktiv sind. Auch dies könnte die Stadt gezielt angehen!
Unser Vorschlag zur Einführung von Sportgutscheinen für Kinder zwischen 4-6 Jahren, ist einer der wenigen Erfolgsprojekte und wird immer stärker angenommen! Mittlerweile

nutzen 15% der Kinder das Angebot! In der nächsten Legislaturperiode werden wir uns für ein Ausbau des Systems einsetzen! Ebenso ist unsere Initiative für günstigen Eintritt von Kindern und Familien im H2O in den Sommerferien, welche unsere Jugendgruppe nach der Corona-Krise erstmals beantragt hat, ein voller Erfolg, der zumindest bis zur Eröffnung des Freibads beibehalten werden soll! Kindern wird somit ein sicherer Zugang zum Schwimmen gewährt!
Unsere beste Initiative im Bereich Gesundheit ist allerdings die Einführung einer Ersthelfer-App, für die wir seit Jahren intensiv gekämpft haben! Die Mobilen Retter sind seit mittlerweile knapp über einem Jahr in Remscheid aktiv und konnten schon so einige Einsätze begleiten! Dieses System wollen wir unbedingt halten und ausbauen! Auch deshalb haben wir noch vor Kurzem die Bereitstellung von Defibrillatoren im Stadtgebiet gefordert! Selbstverständlich gehört auch dazu die Feuerwehr entsprechend auszustatten und auch neue Wachen zu bauen, wie z.B. in der Innenstadt!
Insgesamt ist eine Rekommunalisierung des SANA Klinikums ist langfristig anzustreben. Ein kommunales Krankenhaus ist notwendiger Bestandteil öffentlicher Gesundheitsvorsorge, wie es durch die Coronakrise bewiesen wurde. So hat auch die Kommune Einfluss auf die Bedingungen für die Beschäftigten und Patient:innen.

Durch die Veränderung des Einzelhandels und dem weiteren massiven Ausbau des Online- und Versandhandels schließen immer mehr, teilweise über viele Generationen geführte Geschäfte. Einkaufen in der Fußgängerzone der Alleestraße ist nicht mehr attraktiv, da dort nur noch „Billigläden“ vorhanden sind und einige Läden ganz leer stehen. Wie sieht Ihre Innenstadt der Zukunft aus, und mit welchen Konzepten und Anreizen möchten Sie den stationären und lokalen Einzelhandel stärken? Unterstützen Sie den Bau des Outlet-Centers in Remscheid-Lennep?

Antwort:
Den Bau des Outlet-Centers lehnen wir aus vielen unterschiedlichen Gründen ab. Neben ökologischen sind das v.a. die infrastrukturelle Überlastung des Stadtteils und das Verscherbeln wertvoller, zentrumsnaher kommunaler Flächen, die wir für viele andere Zwecke (bezahlbares Wohnen, Schulraum, Sport usw.) brauchen. Zudem glauben wir nicht, dass das Center den Einzelhandel in der Lenneper Altstadt belebt. Der neue Plan sieht ein sogenanntes „Soft Opening“ in mehreren Teilen vor. Der erste Teil des Centers soll auf den Flächen des Röntgenstadions entstehen. Der zweite Teil soll erst 8 Jahre später auf den Flächen der ehemaligen katholischen Grundschule und des Jahnplatz entstehen. In der Zwischenzeit soll er eine Fläche auf Zeit bzw. eine Baustelle bleiben. Außerdem soll das Center insgesamt deutlich kleiner werden als geplant. Eine Belebung der Altstadt kann nur mit einem fließenden, nahen Übergang geschehen. Ansonsten wird die Altstadt eher unter dem Center leiden. Insbesondere die Gastronomie. Andere Modelle der Bebauung, etwa eine neues Stadtquartier, mit Freizeitangeboten, wie z.B. einer Mehrzweckhalle, versprechen deutlich mehr Belebung für den Einzelhandel und die Gastronomie in der Altstadt.
Wirklich schädlich wird das Outlet-Center allerdings für den Einzelhandel in der Innenstadt. Laut offiziellem Gutachten des Investors werden mit dem Bau des Centers in Lennep jährlich bis zu 12 Millionen Euro allein im Bekleidungssektor aus der Innenstadt fließen! Das würde für noch mehr Leerstand sorgen und die Bemühungen

und Investitionen zur Belebung der Alleestraße Ad Absurdum führen. Insgesamt ist das angestrebte Konzept der Verwaltung für die Alleestraße aber sinnvoll und erfährt auch unsere Unterstützung. Es beinhaltet eine „Dreiteilung“ der Straße. Auf dem oberen Teil soll der Einzelhandel gebündelt, im mittleren Teil v.a. Wohnraum geschaffen und der untere Teil kulturellen und sozialen Angeboten vorbehalten werden. Verbunden wird das Ganze mit dem Kauf leerstehender Immobilien und baulicher Maßnahmen, wie etwa den Durchbruch hin zum neuen Friedrich-Eberplatz.
Zusätzlich fordern wir Die Ansiedlung von gut frequentierten Fachdiensten und Verwaltungsgebäuden, wie z.B. dem Gesundheitshaus, sowie die Etablierung vielfältiger kultureller Angebote, wie z.B. das von uns seit Jahren geforderten Jugendcafé! Außerdem noch Soziale Angebote und größerer Einsatz von Streetworkern und die Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch mehr Sitzgelegenheiten, Schattenzonen, Begrünung sowie konsequenter Sauberkeit. Wichtig ist auch eine öffentlich zugängliche, saubere und barrierefreie Toilette.
Wird auf das Outlet-Center verzichtet und die geplanten und geforderten Maßnahmen umgesetzt, hat die Alleestraße eine echte Chance auf eine erfolgreiche Wiederbelebung – auch wenn die blühenden Zeiten des Einzelhandels vorbei sind.

Kultureinrichtungen sind kein Gewinngeschäft. Kultur ist daher oftmals der erste Ansatz von Sparbemühungen, sie ist für den sozialen Zusammenhalt jedoch unabdingbar: Wie stehen Sie zu der aktuellen Kulturlandschaft innerhalb der Stadt? Wie möchten Sie den Kulturetat entwickeln, welche Projekte fördern und welche evtl. nicht mehr unterstützen? Welche Rolle spielt für Sie im Kulturbereich das Teo-Otto-Theater?

Antwort:
Remscheid hat eine reichhaltige Kulturlandschaft, die wir grundsätzlich erhalten wollen! Insbesondere das Theo-Otto-Theater spiel dabei eine großartige Rolle. Aber auch das neue Haus Cleff oder unser Werkzeug- und Röntgenmuseum sind kulturelle Ankerpunkte. Außerdem gibt es zahlreiche private kulturelle Angebote, von Theatern, über Konzerte bis zu Vereinsfesten.
Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die städtischen Kulturangebote sich meist an eine bestimmte Klientel richten. Insbesondere die Angebote, die der Stadt viel Geld kosten. So zahlt die Stadt jedes Jahr über zwei Millionen Euro für das Bergische Symphonieorchester. Zweifelsohne ist es ein wunderbar so ein Orchester zu haben, doch erreicht es leider nicht alle Gruppen von Menschen gleichermaßen. V.a. jüngere, finanziell schwächere oder nicht akademisch geprägte Menschen fühlen sich vom Angebot meist nicht abgeholt. Daher Befürworten wir die vorhandenen Mittel zur Kulturförderung aufzustocken und gerechter zu verteilen. Zum Vergleich: Der Jugendkulturetat beträgt gerade einmal 30.000 Euro pro Jahr. Besonders hier besteht noch viel Nachholbedarf! Auch Jugendkultur ist Kultur und darüber hinaus hat sie viele weitere positive Folgen für die persönliche Entwicklung junger Menschen und den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt.
Aber auch andere Bereiche der Kultur werden vernachlässigt. Die zahlreichen, einst mit städtischen Mitteln angekauften Werke, die zum Kunstbesitz Remscheids gehören, werden z.B. völlig ungeordnet aufbewahrt und schimmeln regelrecht vor sich her – sie

sind somit einem gezielten Zugriff entzogen. Wir finden, dass die angemessene Finanzierung von Kunst und Kultur kein Luxus ist, sondern eine gesellschaftspolitisch wichtige Zukunftsinvestition!
Wir wollen, dass Kunst und Kultur in Remscheid für alle zugänglich sind - unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Bildungsstand. Dabei setzen wir uns für lokale Künstler:innen, kulturelle Einrichtungen, Erinnerungskultur und kulturelle Bildung mit Nachdruck ein!

Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und auch Menschen mit Einschränkungen sind ein wichtiger Teil einer lebenswerten Stadt, der Angebote und Begegnungsräume benötigt. Hierzu gehören z.B. Jugend- und Senior*innentreffs und der Breitensport. Öffentliche Gebäude, Verwaltungsgebäude und vor allem das Rathaus sind nicht barrierefrei. Was möchten Sie unternehmen, um dies zu ändern?
Es gibt in Remscheid keine öffentlichen Toiletten, was gerade für ältere Menschen problematisch sein kann.
Würden Sie etwas unternehmen, um diese Situation zu verbessern?

Die Linke kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das bedeutet auch ein Recht auf inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen sowie Teilhabe an Erholung, Kultur, Freizeit und Sport für alle Remscheider:innen. Als Die Linke streiten wir für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung und viele andere Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen sind, weil sie arm sind, alt oder jung, eine andere Religion, Hautfarbe, ein anderes Geschlecht oder eine andere sexuelle Orientierung haben. Wir stehen ein für eine vielfältige Gesellschaft.
Leider treffen Menschen mit Einschränkungen in Remscheid auf viele Hindernisse. Nicht nur in städtischen Gebäuden, sondern v.a. auf der Straße oder im Bus. In den letzten Jahren haben wir uns v.a. für sichere und barrierefreie Fußgängerüberwege und barrierefreie Haltestellen stark gemacht. Aber auch in den Verwaltungsgebäuden und an Schulen gibt es viel Nachholbedarf.
Das Thema einer öffentlichen Toilette haben wir in den entsprechenden Gremien oft diskutiert! Zuletzt haben wir eine in den Pavillons auf der Alleestraße gefordert. Wir werden weiter am Thema dranbleiben, bis wir endlich eine öffentliche Toilette in der Innenstadt bekommen!

Die Menschen einer Stadt haben das Recht, sicher in ihr leben zu können. Maßnahmen wie Videoüberwachung sind hier nur ein scheinbarer Schutz. Videoüberwachung verhindert keine Straftaten, sondern hilft (wenn überhaupt) ausschließlich bei der Identifikation der Täter*innen. Vielmehr ist das beste Konzept für öffentliche Sicherheit und Ordnung ein ausreichend guter Personalschlüssel der Polizei und kommunaler Ordnungsdienste vor Ort. Wie möchten Sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Stadt Remscheid stärken, welche Erwartungen haben Sie an die Polizei und wie wollen Sie den

kommunalen Ordnungsdienst zukünftig aufstellen?
Was möchten Sie bezüglich der „Autoposer“ in Remscheid-Lennep unternehmen?

Welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, um diesem Missstand in der Stadt entgegenzuwirken und eine sichere Unterbringung von gewaltbedrohten Frauen zu garantieren? Was sind Ihre Ideen für präventive Maßnahmen?

Wie sieht ihr Aktionsplan aus, um den Beschluss zur Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene umzusetzen?

Der Eingangsthese, dass das beste Konzept für öffentliche Sicherheit und Ordnung ein ausreichender Personalschlüssel bei Polizei und KOD sind, möchten wir ein Stück weit widersprechen. Wir denken, dass Prävention das beste Konzept und der sicherheitsrelevante Bereich ist, den die Kommune maßgeblich beeinflussen kann, in dem der meiste Nachholbedarf herrscht und die Ursachen und nicht nur die Symptome bekämpft werden. Die Arbeit und den Personalschlüssel der Polizei können wir vor Ort nicht beeinflussen. Eine Stärkung des KOD ist eine Möglichkeit, die wir auch unterstützen, aber nicht die alleinige Lösung.
Remscheid ist zwar statistisch gesehen relativ sicher, aber auch hier steigt die Kriminalität und wir nehmen den Anstieg der Straftaten besonders im Bereich der Jugendkriminalität und gegen die sexuelle Selbstbestimmung sehr ernst. Hier müssen wir endlich ins Handeln kommen! Wir brauchen dringend mehr Streetworker, Schulsozialarbeit und allgemein mehr Jugend- Kinder und Familienangebote. Darüber hinaus brauchen wir moderne Beratungs- und Präventionskonzepte, die den Anforderungen unserer Zeit entsprechen, die z.B. Kinder und Jugendliche bei der Verarbeitung misogyner und hasserfüllte Inhalte im Internet unterstützen! In Remscheid herrscht zudem auch eine komplette Versorgungslücke bei der potenziellen Täterarbeit. Es ist auch beschämend, dass wir gerade im Bereich des sexuellen Missbrauchs gegen Kinder unterversorgt sind. Gerade einmal eine halbe Stelle gibt es bei der Stadt für dieses wichtige Thema und für die Unterstützung der Opfer und deren Familien. Das sind Dinge, die wir dringend ändern müssen und wollen und wir als Linke in den letzten Monaten bereits beantragt haben. Ebenso fordern wir den Ausbau von Plätzen im Frauenhaus! Es kann nicht sein, dass von Gewalt bedrohte Frauen abgewiesen werden müssen und z.T. sehr viel Geld für ihre Unterkunft zahlen müssen. Ebenso fehlt eine durchgängige Betreuung dieser Frauen. Ein Problem ist auch, dass alleinstehende oder alleinerziehende Frauen oftmals nach dem Frauenhaus keine bezahlbare Wohnung in der Stadt finden. Wir fordern, dass die Stadt ihre Wohnungen, die derzeit leer stehen, gezielt für solche Frauen herausgibt. Weitere Präventivmaßnahmen, die wir in den letzten Jahren gefordert haben und weiterhin fordern werden sind beispielsweise Selbstbehauptungskurse für Mädchen an Schulen oder auch Frauennachttaxis.
Zur Prävention gehört indes auch eine vernünftige Sozialpolitik. 1/5 der Remscheider Kinder wachsen in Armut auf. Armut und niedrige Bildung und sind Faktoren, die potenzielle Kriminalitätsbildung am größten beeinflussen. Gerade diese Kinder brauchen Unterstützung und niedrigschwellige Freizeitangebote.

Zu der Raserproblematik: Hier sehen wir in einem Mix aus verkehrsberuhigenden Maßnahmen (die wir bereits gefordert haben), wie Temporeduzierungen,

Fahrbahnverengungen, Fahrbahnschwellen, Blitzer sowie verstärkten Kontrollen seitens der Polizei und Aufklärungsarbeit die effizienteste Strategie gegen Raserei!
Ein allgemeines Verweilverbot auf ALLEN öffentlichen Parkplätzen in Remscheid, wie es die Verwaltung plant, lehnen wir als Kollektivstrafe ab. Die Polizei hat bereits jetzt die Möglichkeit Platzverweise für Störenfriede auszusprechen!
Insgesamt braucht es aber auch auf höheren politischen Ebenen bessere Gesetze und Möglichkeiten Rasern das Handwerk zu legen. Höhere Strafen, wie der Einzug des Fahrzeugs, oder auch Lärmblitzer wären nützliche Werkzeuge.

Sozialer Zusammenhalt

Der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft ist ein großes Handlungsfeld innerhalb der Kommune. Welches Konzept haben Sie, den Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder zu stärken und wo möchten Sie hier Ihre Schwerpunkte setzen?

Sozialer Zusammenhalt heißt für uns, dass wir die sozioökonomisch benachteiligten Menschen in unserer Stadt nicht zurücklassen. Das sind in der Regel Obdach- und Wohnungslose, Geringverdienende, Alleinerziehende, Senior:innen sowie Menschen mit Behinderungen. In den letzten Jahren wurden gerade diesen Gruppen wenig Beachtung geschenkt. Wir möchten die realen Probleme wie teure und schimmlige Wohnungen angehen und uns für die im Stich gelassenen Menschen einsetzen. Ihre Probleme sollten mehr in den Fokus rücken. Meiner Meinung nach fängt sozialer Zusammenhalt beim Zuhören an. Wir müssen den Bürger:innen zuhören und ihre Ängste und Probleme wahrnehmen. Ein Beispiel hierfür ist das geplante Outlet-Center in Lennep. Anstatt diese wertvollen Flächen an einen milliardenschweren Investor zu verscherbeln, sollte man diese sinnvoll nutzen und bezahlbare und gute Wohnungen entwickeln. Außerdem wird auch die Grundschule am Stadion mitsamt der Turnhalle abgerissen. Während in Remscheid Kita-Plätze fehlen und die Schüler:innen in Containern unterrichtet werden, wird hier ein intaktes Schulgebäude zerstört. Diese Prioritätensetzung ist falsch! Diese Flächen sollten nach den Wünschen der Menschen vor Ort entwickelt werden. Doch die zahlreichen kreativen Ideen und Anregungen der Bürger:innen wurden von der Politik einfach ignoriert. Das ist keine bürgernahe Politik, sondern hier wird nur an Profit gedacht.

Menschen und Familien mit geringeren Einkommen, von Altersarmut bedrohte Senior*innen oder auch Menschen, die Bürgergeld beziehen, sind vom soziokulturellen Leben der Stadt aufgrund ihrer prekären wirtschaftlichen Lage faktisch nahezu ausgeschlossen. Wie möchten Sie diesen Gruppen eine stärkere Teilhabe am sozialen Leben innerhalb der Stadt ermöglichen?

Es ist ein Unding, dass viele Menschen aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht am gesellschaftlichen Leben in Remscheid teilhaben können. Aufgrund der Inflation können Menschen zum Teil nicht einmal ihre Mieten zahlen, geschweige denn ein Museum besuchen. Die Verantwortung dafür tragen andere politische ebenen, auf denen auch entsprechende Lösungen erarbeitet werden müssen. Doch auf kommunaler Ebene können wir auch einiges bewegen, um ökonomische Unterschiede zu glätten. Unsere Idee der kostenlosen und vergünstigten Eintritte im Badeparadies H2o in den Schulferien wurde z.B. positiv angenommen. Wir möchten, dass dies noch weiter angeboten wird, damit sozioökonomisch benachteiligte Familien vergünstigt schwimmen gehen können. Außerdem werden wir bald einen Antrag zu einer Klimataler-App einbringen. Dieser „belohnt“ Nutzer:innen bei nachhaltigem Handeln mit Klimatalern, die man dann in der App gegen Ermäßigungen und Gutscheine für beispielsweise lokale Museen eintauschen kann. Es wäre für viele Bürger:innen von

Vorteil, wenn unsere Kommune an diesem Projekt teilnehmen würde. Denn so werden nicht nur die Geldbörsen von finanziell benachteiligten Menschen entlastet, sondern auch die Kultur und die Wirtschaft der Stadt gefördert. Außerdem motiviert man die Menschen zu nachhaltigem Handeln. Eine Win-Win-Situation also. Das ebenfalls von uns initiierte Projekt „KindeRSport erleben!“ ermöglicht jedem Kind ab seinem vierten Lebensjahr ein Gutschein für eine einjährige Mitgliedschaft in einem Sportverein. Ein Kulturgutschein für Kinder und Jugendliche wird ebenfalls von uns geplant. Für die Jugendkulturförderung stehen nur 30.000€ zur Verfügung! Man sollte stattdessen das Budget höher setzen und den jungen Menschen in unserer Stadt mehr nicht-kommerzielle Freizeitangebote bieten, wie z.B. in Form eines Jugendcafes. Außerdem sind auch die Preise von Bustickets stark angestiegen. Wir fordern günstigere Ticketoptionen für junge Menschen, Senior:innen, Geringverdiener:innen und Erwerbslose und auch die Vergünstigung des Seniorentickets, damit Menschen aus ihren Quartieren innenstadtnahe Angebote nutzen können.

Nicht alle Menschen haben Chancen, auf dem Arbeitsmarkt, eine passende Stelle zu finden. Welche Konzepte und Ideen haben Sie, um langzeiterwerbslosen Menschen im Rahmen eines sozialen Arbeitsmarkts wieder eine Teilhabe am Erwerbsleben zu möglichen?

Nicht alle Menschen haben die gleichen Chancen, auf dem Arbeitsmarkt eine passende Stelle zu finden. Gerade für Langzeiterwerbslose braucht es echte Perspektiven, statt befristeter oder prekärer Angebote. Die Linke Remscheid setzt sich deshalb für einen sozialen Arbeitsmarkt ein, der auf tarifgebundene und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung setzt – keine Ein-Euro-Jobs oder Kombilohnmodelle, sondern sichere Arbeitsplätze, von denen man leben kann.
Wir fordern, dass die Stadt Remscheid selbst als Arbeitgeberin aktiv wird und öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme in Bereichen auflegt, die unserer Stadt unmittelbar zugutekommen: etwa in sozialen Stadtteilprojekten, in der Betreuung und Beratung oder bei Inklusionsmaßnahmen. Damit können nicht nur Langzeitarbeitslose wieder eine Perspektive gewinnen, sondern auch dringend benötigte Aufgaben in der sozialen Infrastruktur gestärkt werden. Ein wichtiger Partner dabei ist Arbeit Remscheid, das bereits wertvolle Arbeit in der Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeiterwerbslosen leistet und aus unserer Sicht dringend gestärkt und ausgebaut werden muss.
Genauso wichtig ist eine menschenwürdige Praxis in den Jobcentern. Statt Druck und Sanktionen braucht es individuelle, passgenaue Beratung, die auf die Lebenslagen der Menschen eingeht.
Darüber hinaus setzen wir auf umfassende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, damit der Wiedereinstieg in Arbeit nicht nur kurzfristig gelingt, sondern auch langfristige Chancen eröffnet. Angesichts wachsender Armut in unserer Stadt fordern wir zudem ein kommunales Sofortprogramm, das zusätzliche, tariflich bezahlte Arbeitsplätze schafft und mit Qualifizierungsmöglichkeiten verbindet.

Unser Ziel ist klar: Langzeiterwerbslose sollen in Remscheid nicht an den Rand gedrängt werden, sondern durch einen solidarisch gestalteten Arbeitsmarkt die Möglichkeit haben, wieder dauerhaft, fair und würdevoll am Erwerbsleben teilzuhaben.

Trotz steigender Vermögen wird auch eine steigende Armut immer deutlicher in unserer Stadt sichtbar. Rentner*innen, die Pfandflaschen sammeln und Menschen ohne Obdach gehören mittlerweile zum „normalen“ Stadtbild. Wie bewerten Sie diese Situation und wie möchten Sie hier mit kommunalen Mitteln gegensteuern?

Es kann nicht sein, dass wir Obdachlose und Menschen, die unter Altersarmut leiden, alleine lassen. Wir brauchen eine Notunterkunft mehr, die 24/7 erreichbar ist. Vor allem für betroffenen Frauen sollen mehr Schutzräume und Notschlafstellen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sind wir für die Sanierung der vorhandenen Schlafräume, wie z.B. die Schlafstellen an der Schüttendelle. Durch Kältebusse in allen Stadtteilen und einem Hitzeaktionsplan sollen Obdachlose besser geschützt werden. Außerdem brauchen diese Menschen angemessene Räume, um zu duschen oder sich frisch zu machen. Deswegen fordern wir die Einrichtung von Hygiene-Stationen mit frischem Trinkwasser, Duschen und sauberen Toiletten. Auch eine Küche, die täglich ein warmes Mittagessen anbietet ist für diese Menschen von großer Bedeutung. Und damit überhaupt solche Fälle verhindert werden können, braucht es einer individuellen Schuldner- und Mietschuldenberatung für Betroffene. Des weiteren müssen altersgerechte Wohnungen gebaut werden. Eine Option wären auch alternative Wohnungsformen wie Senioren-WGs. Dadurch soll die Isolation von älteren Menschen verhindert werden. Die bereits genannte Idee der vergünstigten Ticketoptionen für Senior:innen, junge Menschen, Geringverdiener:innen und Erwerbslose oder auch die Erweiterung der Sportgutscheine für alle Altersklassen, kann ebenfalls dazu beitragen, diese Menschen zu entlasten. Die vorhandene Quartiersarbeit in sozioökonomisch benachteiligten Stadtteilen soll gestärkt und durch kommunale Mittel abgesichert werden. Außerdem muss die Kommune die Sozialberatung in diesen Stadtteilen ausbauen, um den Menschen vor Ort eine Perspektive zu bieten. Gefördert werden soll auch die freie Wohlfahrtspflege durch kommunale Mittel. Durch Streetwork soll dafür gesorgt werden, dass Menschen in schwierigen Verhältnissen direkt aufgesucht und vor Ort unterstützt werden. Rentner:innen, die von Altersarmut betroffen sind, sollen durch kommunale Zuschüsse, individueller Beratung und kostenfreie Angebote unterstützt werden.

Eine weitere Herausforderung ist die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchteten in unsere Gesellschaft. Die Ausländerbehörde ist oft überlastet, Termine kaum zeitnah möglich. In solcher getakteten Situation ist eine ausführliche Beratung des individuellen Bedarfs kaum möglich. Wie möchten sie dieses Thema mit kommunalen Instrumenten angehen, sei es im konkreten Quartierbezug, dem Arbeitsmarkt oder der sozialen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben? Wie wird gewährleistet, dass das kommunale Integrationsamt handlungsfähiger wird und die Zeit bekommt, qualitativ gute und nachhaltige Gespräche und Beratungen zu führen? Wie wollen Sie gewährleisten,

dass Zugewanderte die zeitnah existenzielle Unterstützung bekommen, die es ihnen ermöglicht, sich schnell zu integrieren, beispielsweise über Sprachkurse?

Die Integration von Geflüchteten ist eine große Herausforderung, aber wichtig für eine funktionierende Gesellschaft, wo sich alle wohl fühlen. Wir sind der Meinung, dass wir mehr Personal für individuelle Beratungsangebote brauchen. Vor allem im Bereich der Abschiebungen werden die Menschen entweder unzureichend oder gar nicht beraten. Zuallererst müssten solche Stellen ausgebaut und besetzt werden. Wir brauchen mehr Antidiskriminierungsstellen, an die sich die Betroffenen wenden können. Außerdem können Sprachbarrieren das Verständnis von wichtigen Entscheidungen der Behörden erschweren. Daher müssen gut und fair bezahlte Dolmetscher:innen zur Verfügung gestellt werden. Das Land NRW hatte vor kurzem die Gelder für die Migrationsberatung erheblich gekürzt. Dies hat dazu geführt, dass Integrations- und Sprachkurse abgebaut werden mussten. Wir fordern die finanzielle Unterstützung dieser Kurse durch kommunale Mittel. Wir müssen zusätzliche Lehrkräfte, die Deutsch als Zweitsprache anbieten aus- und weiterbilden und sie fair bezahlen. Einwanderer müssen direkt nach Ankunft einem Kurs zugestellt werden, damit sie von Anfang an eine Perspektive haben und die deutsche Sprache erlernen können. Viele der Geflüchteten haben in ihren Heimatländern wichtige Berufe ausgeübt. Ihre Abschlüsse sollen schneller anerkannt werden. Außerdem finden wir es inakzeptabel, dass es ein Arbeitsverbot für diese Menschen gibt. Die meisten möchten arbeiten und sind bereit sich zu integrieren. Auch die Abschiebung von Fachkräften und Azubis ist aus kommunalpolitischer Sicht ein großer Fehler. Gerade Remscheid braucht Menschen, die systemrelevante Berufe ausüben. Daher fordern wir eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Ausbildung. Nicht nur Geflüchtete, sondern auch Remscheider:innen mit Migrationshintergrund beschweren sich über diskriminierende Bewerbungsverfahren. Ein anonymes Bewerbungsverfahren könnte ein Ansatz sein, um Diskriminierung zu verhindern. Darüber hinaus heißt Integration auch, dass diese Menschen ein Dach über den Kopf bekommen und in menschenwürdigen Unterkünften wohnen dürfen. Aus diesem Grund fordern wir Mindeststandards für Unterkünfte und eine Beschwerdestelle, wo man unzureichende Standards anzeigen kann.

Rechte Gruppierungen befördern mit falschen Informationen, Halbwahrheiten oder plakativer Hetze eine gesellschaftliche Spaltung. Dabei ist das Konzept der „Ängste ernst nehmen“ gescheitert. Wie möchten Sie sich dieser spaltenden Stimmung entgegenstellen und wie gedenken Sie, mit der sogenannten „Alternative“ für Deutschland und anderen rechtspopulistischen oder rechtsextremen Gruppierungen in der Stadtgesellschaft und im Stadtrat umzugehen?

Wir als Die Linke lehnen jede Art von Zusammenarbeit mit den undemokratischen, menschenfeindlichen Parteien ab. Alle demokratischen Parteien müssen gemeinsam gegen Faschismus und Menschenfeindlichkeit kämpfen. Alle politischen Gremien und die Stadtverwaltung müssen sich klar gegen rassistische Hetze positionieren. Vor einiger Zeit haben wir sogar einen Antrag zu der Aufnahme einer Antirassismusklausel in der Geschäftsordnung des Rates gefordert. Demnach kann der Leiter der Sitzung, also der OB, die undemokratischen Parteien zum Verlassen des Saals auffordern, wenn diese

sich rassistisch äußern. Wir dürfen diesen Gruppen und ihren Meinungen keinen Raum geben und bei jeder Gelegenheit versuchen sie mundtot zu machen.

Wie würden Sie das bürgerliche Engagement in der Stadtgesellschaft Remscheid fördern? Wie würden Sie die Vereinsarbeit z. B. für Sportvereine und Stadtteilvereine unterstützen und fördern?

Die Verwaltung sollte in stetigem Kontakt mit den Stadtteilvereinen stehen, um diese bei Problemen zu unterstützen. Wir sind für die Entwicklung eines Konzeptes oder eines runden Tisches, wo alle Bürger:innen ihre Ideen und Anregungen bezüglich ihres Stadtteils einbringen können. Durch gemeinsame Stadtteilfeste kann man vor allem Kontakte knüpfen und Menschen anziehen. Diese Feste sollten aber auch von Verwaltung und Politik aktiv beworben werden. Die Remscheider Sportvereine brauchen vor allem Platz! Es kann nicht sein, dass sich die vorhandenen Sport-, Bolz- und Basketballplätze außerhalb der Quartiere befinden. Der geplante Abriss des 100 Jahre alten Röntgen-Stadions ist für uns nicht nachvollziehbar. Stattdessen sollte man diesen sanieren und modernisieren. Auch die Übernahme der Bahngebühren durch die Kommune kann auf Sportvereine entlastend wirken.

Kommune des Klimaschutzes

Viele Bereiche sind Verursacher: Gebäude, Wärmeerzeugung, Stromerzeugung, Mobilität – in welche Bereiche wollen Sie investieren, um den CO2-Ausstoß zu reduzieren?

Antwort: In allen Bereichen! Wir müssen als Kommune unseren eigenen Gebäudebestand umweltgerechter gestalten! Da gibt es noch viel Potenzial. Bei der Stromerzeugung ebenfalls – v.a. über PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden. Auch ein weiteres Windkraftwerk in Remscheid würden wir begrüßen. Herausfordernd wir die Wärmeplanung.
Das größte Verbessserungspotenzial liegt aber wohl im Verkehrsbereich. In diesem Bereich gab es so gut wie keine Fortschritte in den letzten Jahren. Deshalb plädieren wir für eine echte Verkehrswende!

Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Altbestand der Gebäude zu ertüchtigen?

Antwort: Die Kommune muss ihren Gebäudebestand Stück für Stück ertüchtigen und Klimaneutraler gestalten. Dazu gehören Dämmung, PV-Anlagen und Begrünungen! Wir betrachten dies auch nicht als reinen Kostenfaktor, sondern als nachhaltiges Investment, was sich langfristig auszahlt.

Wo sehen Sie in den kommenden Veränderungen unserer Gesellschaft Gefahren für den sozialen Zusammenhalt, und wie wollen Sie evtl. soziale Verwerfungen vermeiden oder ihnen entgegenwirken?

Antwort: Für den Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes ist es wichtig zu erkennen, dass die Bekämpfung von Umweltproblemen und ein zielstrebiges Engagement notwendig sind, um langfristige soziale Verwerfungen zu vermeiden. Auch bei der Umwelt- und Klimakrise ist es so, dass die Auswirkungen insbesondere ärmere Menschen treffen und soziale Unterschiede vergrößern. Sowohl hier vor Ort als auch global. Sie führen zu Fluchtbewegungen, Preissteigerungen und medizinischen Problemen.
Das Problem ist, dass viele Menschen diese (langfristigen) Verbindungen nicht erkennen können und Klima- und Umweltschutz als reinen Kostenfaktor betrachten. Wir müssen dafür sorgen, dass aktuelle Investitionen sozial ausgeglichen sind. So ist es z.B. deutlich sinnvoller marginalisierte Stadtteile zu Begrünen, große Mietshäuser zu sanieren oder den ÖPNV zu verbessern und zu vergünstigen, als einen Fördertopf für Elektromobilität bereitzustellen.

Wie sieht eine klimaneutrale Verkehrswende für Sie aus? Wie stehen Sie zur Verteilung des vorhandenen Straßenraumes zwischen dem Umweltverbund, also öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), Fahrrad, Fußgänger*innen und dem motorisierten Individualverkehr? Wie stehen Sie zu einer Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs aus den innerstädtischen Bereichen?

Der ÖPNV ist einer der Schlüssel der notwendigen Verkehrswende. Wie stehen Sie zur Frage der ökologischen Verkehrswende, und welche Konzepte haben Sie für einen attraktiven und bezahlbaren ÖPNV vor Ort und für Pendler*innen? Wie sieht für Sie ein Finanzierungsmodell aus, in dem die Kommunen den ÖPNV Unternehmen finanziell unter die Arme greifen?

Antwort: Auf dem Weg in eine moderne Verkehrsinfrastruktur hat Remscheid noch viel Luft nach oben. Während seit Jahren Anmeldezahlen für Autos steigen, sank parallel dazu die Qualität von Bus und Bahn kontinuierlich. Für die katastrophalen Zustände beim Schienenverkehr ist die Stadt zwar nicht verantwortlich, doch auch beim Busverkehr gibt es anhaltende Probleme. Nach der Pandemie wurde in Remscheid wegen Personalmangel ein sogenannter reduzierter Fahrplan eingeführt. Dutzende Fahrten wurden gestrichen und dass obwohl die Fahrgastzahlen aufgrund des Deutschlandtickets nach oben gingen! Ein zum Teil auch hausgemachtes Problem. Zu lange haben die Stadtwerke auf Subunternehmen gesetzt, die ihre Busfahrerinnen und Busfahrer zu deutlich schlechteren Konditionen beschäftigen als die Stadtwerke selbst. In der Zeit nach der Pandemie kündigten etliche Fahrerinnen und Fahrer und die Subunternehmen konnten ihre Verträge nicht mehr einhalten, sodass etliche Fahrten gestrichen wurden.
Unsere Fraktion war die einzige, die auf dieses Problem hingewiesen hat. Mittlerweile haben die Stadtwerke reagiert und ihre Politik geändert und eine Einstellungsoffensive gestartet – mit Erfolg. Nach den Osterferien konnten wir zum normalen Fahrplan zurückkehren. Doch auch das reicht nicht. Der neue Nahverkehrsplan offenbart die nächsten Probleme. Zukünftig sollen zwar die Hauptachsen gestärkt, doch Busfahrten in den Abend- und Nachtstunden sowie zu den Außenbezirken reduziert werden.
Die Linke setzt sich weiterhin für einen zuverlässigen und gut ausgebauten und kostenlosen Öffentlichen Nahverkehr ein, der alle Stadtteile und die Bedürfnisse aller Menschen im Blick hat!
Allerdings möchten wir auch betonen, dass wir die Landes- und Bundesebene für die Finanzierung eines modernen ÖPNV langfristig in der Pflicht sehen! Nur so können unsere Vorstellungen eines effektiven und kostenfreien ÖPNV bundesweit umgesetzt werden.
Vor Ort können wir in den nächsten Jahren dafür sorgen, die Personalstärke der Busfahrer:innen zu stärken, um den Fahrplan auszubauen und nicht zu reduzieren. Wir möchten insbesondere die Nachtverbindungen nicht streichen, wie es aktuelle geplant ist. Auch möchten wir Ausbau der E-Bus-Flotte der Stadtwerke mit modernen Bussen mit Platz und Lademöglichkeiten für Mobiltelefone vorantreiben und sehen in der Gestaltung und Barrierefreiheit der Haltestellen viel Luft nach oben. Ebenso möchten wir moderne Konzepte, wie ein Frauennachttaxi, etablieren.

Doch wir möchten nicht nur den Busverkehr ausbauen, sondern insbesondere auch den Radverkehr stärken und den Fußverkehr sichererer machen! Radfahren ist in Remscheid zuweilen lebensgefährlich – da sind sich viele Radfahrende einig. Ein besserer Schutz ist dringend notwendig. Remscheid ist zwar nicht Amsterdam, doch durch Elektrofahrräder gewinnt das Rad auch hier vor Ort immer mehr an Bedeutung – diese muss sich auch in einer geänderten Infrastruktur widerspiegeln. Doch auch zu Fußgehende sind hier oft

nicht sicher. 2024 sind 3 Fußgängerinnen und Fußgänger von Autos getötet worden! 6 wurden schwerverletzt. Das sind alarmierende Zahlen, die nicht ignoriert werden dürfen. Besonders Kinder und ältere Menschen sind gefährdet.
Wir haben in der vergangenen Wahlperiode dutzende Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit von Radfahrenden und zu Fuß Gehenden und gegen Raserei eingebracht. Leider sind viele an den strengen gesetzlichen Vorgaben der Straßenverkehrsordnung gescheitert! Darunter waren einfache und sinnvolle Maßnahmen, wie Verlängerungen von Tempo 30-Strecken, z.B. an der Grundschule Reinshagen, oder sichere Fußgängerüberwege in Vieringhausen, der Hochstraße oder am Hardt-Park, oder einfache Verkehrsspiegel zur Verbesserung des Überblicks an Kreuzungen.
Immerhin konnten wir auch einige Anträge erfolgreich durchbringen. Auf unseren Vorschlag hin trat die Stadt Remscheid beispielsweise der Städteinitiative „lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ bei, die erfolgreich für eine Reform der StVO kämpfte. Ebenso haben wir die temporären Straßensperrungen für Elterntaxis in der Sedanstraße und am Dachsweg initiiert, um die Sicherheit im Schulumfeld zu verbessern und gleichzeitig umweltfreundlichere Mobilitätsformen zu fördern.
Außerdem befinden sich einige unserer beschlossenen Anträge noch in der Umsetzung. Dazu gehört beispielweise die Überprüfung von sogenannten „Lückenschlussen“ in Lennep. Hier erwarten wir in nächster Zeit eine Senkung des Tempolimits insbesondere auf den Raser-Strecken Robert-Schumacher-Straße, Poststraße oder Gartenstraße. Außerdem werden auf unseren Antrag hin aktuell alle Zebrastreifen in Lennep modernisiert und nachgebessert. In der Warteschleife befindet sich auch noch unser beschlossener Antrag für eine sogenannte „Autokonferenz“ in der Lenneper Altstadt. Ziel ist es mit Anwohnenden und Gewerbetreibenden über eine mögliche Reduzierung des Autoverkehrs in der Altstadt zu sprechen und einen Konsens zu finden. Wir erhoffen uns davon zumindest eine partielle Autobefreiung des historischen Stadtkerns (Anlieger frei). Zunächst sollen die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens zum Outlet-Center abgewartet werden. Das gilt auch für die mögliche Umgestaltung der Kölner Straße, an deren Planung wir aktiv, kritisch und lösungsorientiert mitgearbeitet haben. Unsere Ablehnung des Outlet-Centers und der geplanten Gewerbegebiete in Lennep, stehen auch mit der drohenden verkehrlichen Überlastung des Stadtteils in Zusammenhang.
Unser Ziel ist eine moderne und sozialgerechte Verkehrsinfrastruktur, die alle Verkehrsteilnehmenden in den Blick nimmt und Sicherheit und Flexibilität garantiert. Dazu gehören auch Autofahrende. Wir möchten die Zahlen der MIV-Nutzerinnen und Nutzer durch ein gutes ÖPNV-Angebot und sichere Fuß- und Radwege langfristig senken.
Gleichzeitig ist uns aber auch bewusst, dass viele Bürgerinnen und Bürger weiterhin auf ihr Auto angewiesen sind. Für sie brauchen wir ein besseres und moderneres Verkehrsnetz! Denn Autofahren in Remscheid ist besonders für Berufspendlerinnen und -pendler meist ein Nervenfaktor. Dabei sind schlechte Straßen, Stau und nicht nachvollziehbare Ampelschaltungen oftmals vermeidbare Ärgernisse. Wir fordern bessere KI-gesteuerte Ampelschaltungen und mehr Kreisverkehre als Ampeln. Aber auch mehr Car-Sharing Modelle- v.a. innerhalb der Verwaltung.

Wie sieht eine qualitativ hochwertige Entsorgungspolitik in Bezug auf Klimaneutralität und Entsorgungssicherheit aus Ihrer Sicht aus?

Müll ist ein riesiges Problem in unserer Stadt, mit dem wir uns schon oft auseinandergesetzt haben! So ist die Anzahl von wilden Müllkippen in den letzten drei Jahren um 47 % gestiegen! 2024 wurden 391(!) wilde Müllkippen gemeldet.
Neben den großen Müllablagerungen - beispielweise an Container-Standorten – hat Remscheid auch erhebliche Probleme mit Klein- und Verpackungsmüll auf der Straße. Ob in der Fußgängerzone, an Bushaltestellen, Bahnhöfen, Parkplätzen, Grünanlagen oder in Parks - überall liegt achtlos weggeworfener Müll herum. Das ist nicht nur ein ästhetisches, sondern auch ein ökologisches Problem, mit welchem die Bürgerinnen und Bürger zunehmend unzufrieden sind. Doch es gibt kaum Kontrollen oder Strafen. 2023 wurden nur 11 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Abfalldelikte eingeleitet.
Wir haben einen 10-Punkte-Plan entwickelt, mit dem wir den Müll den Kampf ansagen wollen. Dazu gehören beispielsweise Intelligente Müllcontainer mit Füllsensoren, die bedarfsgerecht geleert werden können, die Prüfung einer regelmäßigen, kostenfreien Sperrmüllabfuhr nach dem Vorbild Wuppertals, mindestens ein offener Tag beim Wertstoffhof ohne vorherige Anmeldung oder auch eine Analyse der „Müll-Hot-Spots“. Zur strategischeren Platzierung von Mülleimern und zielgerichteten Kontrollen.

Kommune des bezahlbaren Wohnens

Wie bewerten Sie den aktuellen Wohnungsmarkt in Remscheid, insbesondere die Angebote von bezahlbarem Wohnraum für Familien, Einkommensschwächere, Senior*innen sowie Studierende und Auszubildende?

Wie möchten Sie die Bürger*innen in die Gestaltung ihrer Quartiere einbeziehen?

Wie stehen Sie zu einer Stärkung öffentlicher und gemeinwohl-orientierter Wohnungsunternehmen? Wollen Sie, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft deutlich mehr städtische Wohnungen baut als bisher? Wie wollen Sie diese ggf. fördern?

Remscheid galt lange Zeit als Ort mit günstigem Wohnraum! Doch diese Zeiten sind vorbei. Viele Menschen in Remscheid finden keine bezahlbare Wohnung mehr. Das gilt insbesondere für kleinere Single-Wohnungen und größere Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern sowie barrierefreie Wohnungen.
Hinzu kommt: In den nächsten Jahren läuft die Sozialbindung für tausende Wohnungen in Remscheid aus. D.h. hier werden die Mieten kräftig ansteigen. Denn neue Sozialwohnungen entstehen kaum noch. Gleichzeitig stehen paradoxerweise knapp 4000 Wohnungen leer, die nicht am Markt verfügbar sind! Dies ist auch der erste Ansatzpunkt. Wir müssen den Leerstand als Strategische Ressource begreifen und helfen diesen wieder an den Markt zu bringen. Dazu brauchen wir ein Leerstandkataster und müssen bei den Eigentümer:innen buchstäblich die Klinken putzen. Wir müssen sie beraten und bei der Akquirierung von Fördermitteln zur Renovierung ihrer Häuser helfen. Land und Bund bieten diese in Millionenhöhe an. Viele Eigentümer wollen vermieten, können aber aus verschiedensten Gründen (Alter, finanzielle Situation usw.) nicht und brauchen Hilfe dabei. Das können manchmal kleine Hilfen sein, die Großes bewirken. Sinnvoll wäre auch Hilfe bei einer marktgerechten Vermittlung. Beispielsweise im Bereich der Altstadt. Viele Eigentümer haben nicht nur Schwierigkeiten bei der Renovierung, sondern auch entsprechende Mieter:innen zu finden. Die Wohnungen sind nicht barrierefrei und für Familien oft ungünstig geschnitten – für Studierende oder Auszubildende aber geeignet. Außerdem ist die zentrale Lage am Bahnhof ideal. Zusammen mit Studierendenwerken aus Düsseldorf oder Wuppertal könnte man hier gezielt Wohnraum für Studierende schaffen.
Insgesamt muss die Stadt Eigentümer:innen aber auch fordern und eine Zweckentfremdungssatzung einführen, bei der Leerstand ab einem gewissen Zeitraum genehmigt werden muss! Forderungen, die wir als Linke schon vor Jahren formuliert haben! Eigentum verpflichtet, doch einige Eigentümer:innen entziehen sich dieser Verantwortung aktiv. Siehe das ehemalige Möbelhaus in Lennep. Das dürfen wir als Stadt nicht tolerieren.
Zudem muss die Stadt selbst wieder als Akteur auf dem Wohnungsmarkt tätig werden und den sozialen Wohnungsbau fördern. Dazu muss sie Häuser, Wohnungen und Grundstücke aufkaufen und an die GEWAG übergeben. Die Gelder dafür sollen beispielsweise aus den Töpfen zu Errichtung von Gewerbegebieten kommen. Damit können insbesondere langjährige Schrottimmobilien erworben und dem

Wohnungsmarkt zugefügt werden! Das sorgt auch für ein attraktiveres Umfeld und macht private Investitionen attraktiver.
Doch nicht nur der Mangel an bezahlbaren Wohnraum ist in Remscheid ein Problem. In den letzten Jahren fielen vor allem große Wohnungsbaukonzerne mit großen qualitativen Mängeln an ihrem Wohnungsbestand und unfairen Umgang mit ihren Mieter:innen auf! Hier muss die Stadt stärker eingreifen und Mieterinnen und Mieter durch Beratungen unterstützen!
Gleichzeitig muss die Bauaufsicht häufiger bei eklatanten Mängeln einschreiten. In den letzten Jahren wurden Eigentümer:innen und Investoren zu sehr hofiert!

Wie bewerten Sie die Genehmigungsabläufe in der Bauverwaltung? Wie möchten Sie diese vor dem Hintergrund „Guter Arbeit“ für die Beschäftigten und „Guter Dienstleistung“ für die Bauherr*innen verbessern?

Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern in Remscheid zu lange! Das liegt zum einen an der Besetzung der Verwaltung, aber v.a. auch an der Tatsache, dass Investoren oder Architekten ihre Bauanträge unzureichend einreichen. Über 90 Prozent der Anträge sind fehlerhaft. Dem kann man mit klaren und transparenten Vorgaben und digitalen Eingabesystemen entgegenwirken. Dies würde auch die Arbeit der Verwaltung deutlich erleichtern!

Wie stehen Sie zur Frage des „Senior*innengerechten Wohnens“? Welche Herausforderungen sehen Sie hier vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des steigenden Bedarfs an barrierefreiem Wohnraum und welche Projekte möchten Sie hier in den Fokus nehmen und fördern?

Wie setzen Sie um, dass lebensälteren Bürger*innen, die in großen Wohnungen leben und deren Miete aufgrund ihres langen Mietverhältnisses erschwinglich ist, der Umzug in eine kleinere bezahlbare Wohnung ermöglicht wird? (Stichwort „Wohnungstausch“)

Seniorengerechtes Wohnen wird zu einer zunehmenden Herausforderung in Remscheid. Das liegt an der allgemeinen Lage auf dem Wohnungsmarkt und den steigenden Mieten, aber auch daran, dass immer mehr Menschen auf barrierefreies Wohnen angewiesen sind, die Gebäudestruktur das aber in dem gebrauchten Maße nicht hergibt.
Bei der Leerstandsakquirierung kommt es daher auch drauf an Eigentümer:innen gezielt zur barrierefreien Renovierung zu beraten. Aber auch als Stadt zusammen mit der GEWAG gezielt barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum zu errichten. Z.B. in einem neuen Quartier auf den Outlet-Flächen.
Schaffen wir es ausreichend zentrumsnahen und barrierefreien Wohnraum zu schaffen, können größere Wohnhäuser in Wohnsiedlungen wieder frei werden und Raum für Familien schaffen. Denn viele ältere Menschen wohnen nicht nur zur Miete, sondern haben Eigentum, welches nach dem Auszug der Kinder oftmals viel zu groß für sie ist.

Wie möchten Sie Menschen in Remscheid unterstützen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind?

Wir möchten eine zweite Wohnungsnotschlafstelle errichten – möglichst nur für Frauen. Zudem soll die bestehende Notschlafstelle dauerhaft geöffnet sein.
Wir möchten darüber hinaus Nutzungsverträge für einen guten Übergang in die Selbstständigkeit bereitstellen und präventive Mietschulden- und Schuldnerberatung ausbauen.
Und wir wollen leerstehende Wohnungen in städtischer Hand wieder an den Markt bringen und vermieten! Derzeit stehen hunderte Wohnungen in städtischer Hand leer, weil sie für unerwartete Ereignisse vorgehalten werden. Dabei werden sie akut benötigt, denn viele von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen haben Probleme auf dem freien Markt eine Wohnung zu bekommen.

Kommunaler Haushalt

Wie wollen Sie die Einnahmeseite in Remscheid stärken, um eine gute Lebensqualität der Bürger*innen zu gewährleisten?

Denken Sie dabei daran, Gebühren oder kommunale Steuern für die Bürger*innen zu erhöhen oder einzuführen?

Antwort: Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass es nicht unbedingt an Geld mangelt, sondern dass die Entscheidungen wo und wie das Geld eingesetzt wird unserer Meinung nach falsch sind. Wer bereit ist über 100 Millionen Euro für ein Rathausanbau und den Kauf und die Entwicklung von Gewerbeflächen auszugeben (mit entsprechenden Folgekosten), sollte nicht postulieren aus haushälterischen Gründen ein paar tausend Euro bei der (sozialen) Infrastruktur oder der Daseinsvorsorge einsparen zu müssen. Da werden wir die Prioritäten anders setzen! Wenn irgendwo der Rotstift angesetzt werden muss, dann bei den Groß- und Prestigeprojekten!
Wir möchten durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen und fruchtbare Investitionen die wirtschaftliche Stärke unserer Stadt und damit steuerliche Einnahmen verbessern und auch die Kaufkraft der Menschen vor Ort stärken!
Steuerhöhungen, wie die Erhöhung der Grundsteuer oder Einführungen von neuen Steuern lehnen wir allerdings ab.
Insgesamt sehen wir Land und Bund in der Verantwortung die Kommunen mehr zu unterstützen! Die Aufgaben, die sie den Städten auflasten, sollten sie auch bezahlen. Eine Altschuldenlösung würde für die Städte eine enorme Entlastung bedeuten, aber langfristig muss ein echtes Konnexitätsprinzip gelten!

Wie stehen Sie zu einer Steuerpolitik, bei der z.B. durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer wirksamen Erbschaftssteuer mit einem Freibetrag von einer Million Euro die leistungslosen Erbschaftseinkünfte der Superreichen dazu führen würde, dass Fairness bei den Steuerbeiträgen entsteht und somit auch die Einnahmen der Kommunen gesteigert würden? Würden Sie die Einführung bzw. Ausgestaltung dieser Steuern gegenüber der Landes- und Bunderegierung – wie auch schon andere Kommunen – fordern? Können Sie sich eine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze vorstellen – ggf. vorübergehend bis zur Wiedereinführung der Vermögensteuer? Wollen Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Gewerbesteuer reformiert und in eine kommunale Wertschöpfungssteuer umgewandelt wird?

Als Linke möchten wir selbstverständlich die Reichen der Gesellschaft stärker in die Verantwortung nehmen und die Leistungsträger aus der Mittelschicht sowie den ärmeren Teilen der Bevölkerung entlasten. Daher fordern wir eine wirksame Vermögenssteuer und Erhöhung der Kapitalertragssteuer sowie eine gerechte Erbschaftssteuer. Die Mittel sollen auch zur Finanzierung der Kommunen eingesetzt werden. Auch die Reformierung der Gewerbesteuer streben wir an. Es darf keinen steuerlichen Unterbietungswettbewerb zwischen den Kommunen geben.
Die Gewerbesteuer in Remscheid ist relativ hoch. Eine Erhöhung streben wir nicht an.

„Gute Dienstleistungen“ für Bürger*innen

„Gute Arbeit“ für Beschäftigte der Verwaltung

Für welche Kernwerte soll die Arbeitgeberin Stadtverwaltung für Sie stehen? Welche drei Themen würden Sie gerne als erstes verbessern?

Für Demokratie, Respekt, Fairness und Gleichberechtigung!
Innerhalb der Stadtverwaltung die Themen Effizienz, Arbeitsbelastung und Digitalisierung.

Welchen Anspruch haben Sie an den Bürger*innen-Service?

Als Bürger: Erreichbar, freundlich und hilfsbereit sowie schnell und effektiv.

Mit welchen Maßnahmen möchten Sie dem realen Fachkräftemangel vor dem Hintergrund des demografischen Wandels begegnen? Welche Rolle spielt die arbeitsmarktspezifische Förderung von Fachkräften aus dem Ausland bzw. Geflüchteten dabei?

Die Verwaltung steht vor schwierigen demografischen Herausforderungen. Um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, muss die Verwaltung als Arbeitgeberin ihre Attraktivität erhöhen. Das gelingt durch gute Bezahlung und eine wohlfühlende Arbeitsatmosphäre sowie moderne Arbeitplatzbedingungen und Arbeitszeitmodelle. Auch Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten müssen gegeben sein. Aber auch die Rahmenbedingungen in der Stadt müssen stimmen – bezahlbarer Wohnraum, gute Schulen und KiTas usw.
Die Verwaltung sollte auch auf ausländische Fachkräfte bzw. Geflüchtete setzen. Hier erkennen wir ein großes Potenzial. Diese müssen aber gefördert werden – in sprachlicher und fachlicher Hinsicht!
Zurzeit passiert aber das Gegenteil. Viele Geflüchtete harren in unsicheren Bleibestati aus und dürfen gar nicht arbeiten. Andere bekommen keine Deutschkurse und allgemein wenig Unterstützung. Am wenigstens nachvollziehbar ist für uns allerdings, dass gut integrierte, ausgebildete und arbeitende Menschen in letzter Zeit vielfach abgeschoben werden! Dies ist nicht nur aus menschlicher Sicht eine Tragödie, sondern auch wirtschaftlich katastrophal.

Viele Mitarbeitende klagen über Arbeitsüberlastung und wissen nicht mehr, wie sie ihre Aufgaben fristgerecht erledigen sollen. Wie gehen Sie in diesem Zusammenhang mit Überlastungsanzeigen um?

Die Krankheitsquote bei der Stadt ist, wie in vielen Kommunen, sehr hoch. Was sind ihre Ideen, die Gesundheit der Mitarbeiter*innen zu stärken und zu erhalten?

Wie stehen Sie zur wöchentlichen Höchstarbeitszeit?

Über 500 BEM-Fälle in der Verwaltung sprechen eine deutliche Sprache! Wenn über 1/5 der Mitarbeitenden dauerhaft krank sind und ausfallen, muss es strukturelle Gründe dafür geben. Da ist auch die Führungsebene in der Verantwortung. Wir müssen die genauen Gründe für die vielen Ausfälle ehrlich identifizieren und eine Strategie entwickeln, um die Mitarbeitenden zu schützen. Überlastung, Streitereien und schlechte Arbeitsplatzbedingungen können krank machen und setzen einen Teufelskreis in Gang. Weniger Personal bedeutet nämlich für die verbliebenen Mitarbeitenden mehr Arbeit und Stress. Überlastungsanzeigen nehmen zu, bleiben häufig jedoch ohne Konsequenz.
Wir brauchen Entlastung für die Mitarbeitenden. Das gelingt mit mehr Personal, besserer Struktur und Kommunikation. Aber auch mit vereinfachten Arbeitsabläufen und digitalen Mechanismen. Wir brauchen zudem bessere räumliche Arbeitsplatzbedingungen. Das betrifft nicht nur die Gebäudestruktur, sondern geht von Klimaanlagen hin bis zu kleineren Annehmlichkeiten, wie kostenlosen (guten) Kaffee, saubere Toiletten und vernünftiges Toilettenpapier - auch das hat etwas mit Wertschätzung zu tun.
Außerdem wollen wir moderne Arbeitskonzepte fördern. Desksharing, Home-office, Mobiles Arbeiten, Teilzeitarbeit und geteilte Arbeit auch in Führungspositionen.

Ebenso brauchen Mitarbeitenden die Möglichkeiten aufzusteigen und sich weiterzubilden! All das muss ermöglicht werden!

Wir beobachten mit Sorge, dass immer mehr kommunale Aufgaben ausgelagert oder (z.T. extrem kostspielig) an externe Dienstleister abgegeben werden. Das führt nicht nur zu einem Verlust an öffentlicher Kontrolle, sondern birgt die Gefahr, dass Tarifbindung unterlaufen und Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Derartige Entwicklungen, wie zuletzt die Gründung einer Schulbaugesellschaft, lehnen wir entschieden ab.

Als Linke fordern wir einen klaren Kurswechsel: Die Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge darf nicht vom Gewinninteresse privater Unternehmen abhängen. Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche Hand, mit guten Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und fairer Bezahlung.

Digitalisierung und KI

Die Linke steht beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und der Digitalisierung der Verwaltung für klare Leitplanken: Transparenz, Datenschutz, Mitbestimmung und die klare Zusicherung, dass KI die Beschäftigten unterstützt und nicht ersetzt. Entscheidungen, die Auswirkungen auf Menschen haben, müssen immer von Menschen verantwortet werden. Deshalb fordern wir nachvollziehbare und überprüfbare Systeme, die unter demokratischer Kontrolle stehen, und lehnen den Einsatz von KI zur pauschalen Leistungsbewertung oder beim Zugang zu Sozialleistungen ab.

Wir sehen die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund, damit einheitliche Standards geschaffen werden, Kosten geteilt und Kommunen nicht allein gelassen werden. Gerade kleinere Städte wie Remscheid brauchen Unterstützung und dürfen nicht von großen Technologiekonzernen abhängig gemacht werden. Dabei setzen wir auf Open-Source-Lösungen, europäische Serverstandorte und unabhängige Prüfungen der eingesetzten Systeme.

Sinnvoll kann KI dort eingesetzt werden, wo sie Routineaufgaben in der Verwaltung erleichtert, Bearbeitungszeiten verkürzt und Datenanalysen für Verkehrsplanung, Umweltschutz oder Energieeinsparungen liefert. Sie darf aber niemals zur Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten oder zur Schwächung von Mitbestimmung genutzt werden. Alle Systeme müssen so implementiert werden, dass ihre Ergebnisse von Menschen kontrolliert werden können. Fehlerquoten, Funktionsweisen und Risiken müssen transparent dokumentiert werden.

Die Ängste der Beschäftigten nehmen wir sehr ernst. Unser Ziel ist es, dass KI als Werkzeug verstanden wird, das Arbeit erleichtert und nicht Arbeitsplätze ersetzt. Deshalb ist Arbeitsplatzsicherheit für uns ein zentrales Versprechen. Beschäftigte und Personalräte müssen frühzeitig in alle Prozesse eingebunden werden, damit Transparenz und Vertrauen entstehen. Dazu gehören auch verpflichtende und kostenlose Schulungen während der Arbeitszeit, die Grundlagenwissen zu KI, Datenschutz und konkrete Anwendungskompetenzen vermitteln.

Auch für Bürgerinnen und Bürger gilt: Datensicherheit ist oberstes Gebot. Es darf keine kommerzielle Weitergabe von Bürgerdaten geben, sensible Informationen müssen auf europäischen Servern unter strengem Datenschutzrecht verarbeitet werden, und wir wollen, dass die Systeme regelmäßig unabhängig geprüft werden.

Der aktuelle Stand der Digitalisierung in Remscheid ist unzureichend: Viele Prozesse sind veraltet, digitale Angebote oft schwer zugänglich oder gar nicht vorhanden. Das führt zu Frust bei Bürgerinnen und Mehrbelastung für Beschäftigte. Hier braucht es einen entschlossenen Modernisierungsschub. Wir wollen ein einheitliches Online-Bürgerportal, in dem alle Anträge, Zahlungen und Termine zentral gebündelt sind. Digitale Terminvergabe mit verbindlichen Bearbeitungszeiten soll Wartezeiten verkürzen. Außerdem wollen wir eine Transparenzplattform schaffen, auf der zentrale städtische Daten wie Haushaltszahlen, Bauprojekte oder Umweltwerte offen zugänglich sind.

Ebenso wichtig sind digitale Beteiligungstools, damit Bürgerinnen sich aktiv in Planungsprozesse einbringen können.

Aber auch die Politik selbst muss vorangehen. Der alte Rat hat mehrheitlich auf analoge Unterlagen gesetzt. Nur wenige haben die städtischen, digitalen Angebote genutzt. Das muss sich auch ändern!

Um die Verwaltung fit für die Zukunft zu machen, setzen wir auf interkommunale Zusammenarbeit, auf das konsequente Abrufen von Fördermitteln von Bund und Land sowie auf standardisierte Systeme, die Schnittstellenprobleme minimieren. Doch entscheidend bleibt: Digitalisierung darf niemals über die Köpfe der Beschäftigten hinweg erfolgen. Für uns ist es selbstverständlich, dass Personalräte bei jeder Einführung und Anwendung von Digitalisierung gleichberechtigt mitbestimmen. Nur so lassen sich praktikable, gerechte und akzeptierte Lösungen entwickeln.
Insgesamt möchten sehen wir Digitalisierung aber als große Chance und möchten viel mehr in den Bereich investieren!

Demokratie stärken

Die Linke ist auch in Remscheid die stabilste politische Kraft gegen den Rechtsruck! Unsere Mitglieder setzen sich vielfältig in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, die sich für Demokratieförderung und Antidiskriminierung starkmachen. Wir veranstalten regelmäßig Demonstrationen und Bildungsabende zu diversen gesellschaftlich relevanten Themen, von Antirassismus bis zur Queerfeindlichkeit.
Auch politisch setzen wir uns für ein vielfältiges, offenes und tolerantes Remscheid ein! Zuletzt haben wir beispielsweise eine Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierungsklausel für die Geschäftsordnung des Stadtrats gefordert, um ein wirksames Mittel gegen die Demokratiefeinde im Rat zu haben.
Zudem fordern wir mehr Beratungsstellen, die sich Antidiskriminierung, Antirassismus und der Unterstützung von Opfern rechter Gewalt widmen und eine breitere kommunale Unterstützung und Vernetzung selbst organisierter Gruppen, interkultureller Vereine und Initiativen zur Geflüchteten-Hilfe.
Den CSD und RS-Tolerant unterstützen wir gerne! Bei Organisationen wir NRWeltoffen kommt es stark auf den Output an! Wir brauchen mehr Arbeit in den Quartieren und den Schulen mit den Leuten vor Ort und weniger Papiertiger.
Außerdem möchten wir die Erinnerungskultur stärken! Institutionen, wie der Pferdestall leisten unverzichtbare und wertvolle Arbeit! Wir setzen uns ein für eine generationsübergreifende Geschichtsarbeit, welche die Auseinandersetzung mit der faschistischen, kolonialen und imperialistischen Vergangenheit fördert und so der Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus entgegenwirkt.
Remscheid soll weltoffen und engagiert gegen jede Menschenfeindlichkeit aufgestellt sein. Dafür sollen die Bedürfnisse und Interessen aller Einwohner:innen gleichberechtigt berücksichtigt werden - unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder Aufenthaltsstatus, von Geschlecht oder sexueller Orientierung, sozialem Status, Alter oder Behinderung. Offene Diskussionen, breite Bündnisse und die Beteiligung aller stärken unsere Demokratie und helfen, rechte Strömungen zurückzudrängen.